

Kurzmeldungen

– Zwei Mitglieder der islamischen Studentenorganisation PMIUM, Jamali Adnan und Jamaluddin, sollen im Zusammenhang mit einer Demonstration von 1000 Studenten gegen ein Konzert am 10.9. in der University of Malaya **nach dem ISA inhaftiert** worden sein. Die Polizei hat diese Meldung weder bestätigt noch dementiert.

(ALIR Vol.9, No.10, 1989, S.36)

– Um die einheimische, Holz verarbeitende Industrie zu stützen, erwägt die Regierung ein **Exportsteuer für geschnittenes Holz**. Der Export von Holzstämmen aus

West-Malaysia ist bereits verboten. Der größte Anteil des Holzexports - vorwiegend Stämme - kommt allerdings aus Ost-Malaysia.

(MB 16.9.89, S.61f)

– Der **Export von unverarbeitetem Rattan soll** vom 1.12. an **verboten werden**, um die einheimische Rattan Möbel Industrie zu fördern. Das Verbot soll nicht für Sarawak und Sabah gelten, wo es kaum derartige Verarbeitungsstätten gibt.

(FEER 14.9.89 S.87)

– Die 92 qkm große Insel **Labuan** vor der Küste des ost-malaysischen Sabah soll **völlig von Steuern befreit** werden, um ausländische

Investoren anzulocken. Sie hat bereits einen Freihafen, eine Werft und einen großen Erdgasverarbeitungs-komplex und soll durch weitere Infrastrukturmaßnahmen zu einem Industriezentrum ausgebaut werden.

(FEER 16.11.89 S.83; MB 16.11.89 S.45)

– Eine Umverteilung der **Kapitalanteile** zugunsten von **Bumiputras** bei Unternehmen soll zukünftig erst bei solchen mit einem Grundkapital von M\$ 10 Mio. obligatorisch sein. Die bisherigen Bestimmungen im Rahmen der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) schreiben eine Umverteilung bereits bei M\$ 2,5 Mio. vor.

(FEER 5.10.89 S.111)

– Eine Methode zur **Früherkennung von Dengue Fieber** hat eine Wissenschaftlerin der Universiti Sains Malaysia in Penang entwickelt. Danach kann innerhalb von 3 Stunden die durch Mosquitos übertragene, sich in den letzten Jahren stark verbreitende Virusinfektion mit einfachsten Mitteln diagnostiziert werden, was bisher bis 3 Wochen dauerte.

(FEER 14.9.89 S.71)

– Malaysia Airlines plant noch vor Ende 1989 wöchentliche **Flüge** von Kuala Lumpur **nach Ho Chi Minh Stadt**. Die Aufnahme einer direkten Flugverbindung nach Rangoon ist ebenso im Gespräch.

(FEER 12.10.89 S.87)

SINGAPUR

NACHRICHTEN

Habeas Corpus Anhörung im Fall Vincent Cheng

Vom 11. bis 15. September fand die mündliche Gerichtsverhandlung über den Habeas Corpus Antrag von Vincent Cheng statt, durch den seine Freilassung erreicht werden soll. Cheng, ein katholischer Sozialarbeiter und vor der Inhaftierung Sekretär der Justia et Pax Kommission in Singapur, wurde im Mai 1987 nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) wegen angeblicher Anführung einer "marxistischen Konspiration" in Vorbeugehaft genommen.

Er widerrief seine zwei im Fernsehen wenige Wochen nach der Inhaftierung ausgestrahlten öffentlichen Geständnisse mit der Erklärung, sie seien unter massivem Druck erfolgt. Sein langes Zögern, einen Habeas Corpus Antrag zu stellen, begründete er damit, daß ihm der Leiter der Abteilung für Innere Sicherheit (ISD) zugesichert habe, er würde nach 2 Jahren wieder freigelassen werden, wenn er keine gerichtlichen Schritte unternehmen würde. Die Beamten des ISD widersprachen den Anschuldigungen Chengs in eidesstattlichen Erklärungen.

Zur gleichen Zeit, im Mai/

Juni 1987, wurden weitere 21 sozialkritisch und politisch engagierte Personen unter gleichem Vorwand in Vorbeugehaft genommen (vgl. SOAI 2- 4/87). Außer Vincent Cheng und die Rechtsanwältin Teo Soh Lung sind inzwischen alle wieder auf freiem Fuß. Teo hatte im April 1989 erfolglos versucht, ihre Freilassung durch ein Habeas Corpus Verfahren zu erreichen.

Chengs Anwalt, der Queens's Council Michael Beloff, betonte, daß der Regierung lediglich Verdächtigungen aber nicht genügend Beweise vorlägen, um Chengs andauernde Inhaftierung zu rechtfertigen. Außerdem zweifelte er grundsätzlich die Rechtmäßigkeit der Verfassungsbestimmungen an, die eine gerichtliche Überprüfung des staatlichen Vorgehens in Fällen der Inneren Sicherheit faktisch nicht mehr zuläßt. Nach seiner Auffassung sei Singapur ein besonderes Land, in dem die Gerichte denen, die nach Gerechtigkeit suchen, verschlossen bleiben. Ohne grundsätzlich die Berechtigung der Anordnung einer Vorbeugehaft durch die Exekutivorgane in Frage zu stellen, forderte er, daß eine

nachträgliche Prüfung durch ein Gericht möglich sein muß, bei der die Behörden Gründe für ihr Vorgehen nennen müssen.

Nachdem ein Gericht im November 1988 die Freilassung von 4 ISA- Inhaftierten nach einer Habeas-Corpus Anhörung veranlasst hatte, verabschiedete Anfang des Jahres das Parlament Singapurs eine Verfassungsänderung, die faktisch jegliche gerichtliche Überprüfung von ISA-Inhaftierungen ausschließt.

Der Regierungsvertreter S. Tiwari verteidigte die Verfassungsänderung mit der Begründung, daß schließlich das Parlament die Gesetze mache und die Verfassungsänderung lediglich das ISA so wiederhergestellt habe, wie es vor dem Habeas-Corpus Urteil vom November 1988 gehandhabt wurde. Die Rolle der Gerichte in Singapur sei, Entscheidungen der Exekutive entsprechend der vom Parlament verabschiedeten Gesetze zu überprüfen.

Eine Entscheidung des Gerichts lag uns zum Redaktionsschluß noch nicht vor. Beobachter innerhalb und außerhalb Singapurs halten die Habeas-Corpus Verfahren von Cheng und Teo für z.Zt.

die einzige Möglichkeit, nicht nur eine Freilassung zu erreichen, sondern die Rechtmäßigkeit und Anwendung des ISA grundlegend in Frage zu stellen. Premierminister Lee Kuan Yew hat bereits am 2. Juni 1987 in der Straits Times deutlich zu verstehen gegeben, daß er dieses Instrument des ISA nicht aus der Hand geben will. Er sagte: "Es ist nicht die Praxis, noch werde ich erlauben, daß subversive Elemente dadurch davonkommen, indem sie darauf bestehen, daß ich alle Vorwürfe gegen sie in einem Gericht vortragen muß mit Beweisen, die den strengen Regeln einer gerichtlichen Beweisführung standhalten."

vgl. FEER 28.9.89 S.13; ST 15.9., 23.9.89; South China Morning Post 12.,13.,14.9.89

Religionsunterricht an Schulen soll abgeschafft werden

Nach Vorstellung der Regierung soll der Religionsunterricht an den Schulen, selbst eine freiwillige Teilnahme, abgeschafft und bis 1991 durch Staatsbürgerkunde ersetzt werden. Außerdem will die Regierung ein Gesetz im Parlament einbringen, welches eine Beteiligung von religiösen Gruppen an politischen Aktivitäten einschränkt. Dies teilte der Innenminister S. Jayakumar dem Parlament am 6. Oktober mit.

Noch vor sieben Jahren hatte die Regierung Religionsunterricht an den Schulen für alle zur Pflicht erklärt. Der damalige stellvertretende Ministerpräsident Goh Keng Swee hatte sich noch besonders stark dafür gemacht. Er sagte, daß die Eltern, die ihre Kinder nicht in den Religionsunterricht schicken wollen, von ihm persönlich zum Gespräch gebeten würden.

Nach der neuen Politik dürfen religiöse Themen nicht mehr zu den normalen Unterrichtszeiten gelehrt werden. Dieser Schritt trifft insbesondere die katholischen Schulen, die schon immer großes Ansehen in Singapur genossen.

Eine Konsequenz der Abschaffung des Religionsunterrichts könnte bedeuten, daß weniger Schüler der ethnischen Minderheiten, also der Malayen und Inder, sich für eine Hochschulzugangsberechtigung qualifizieren können. In ihrem Alltag spielt die Religion eine größere Rolle als bei den Chinesen. Die ethnischen Minderheiten Singapurs haben häufig durch gute Noten in Religion ihre Gesamtnote verbessern und damit den Besuch einer weiterführenden Schule erreichen können. Nach Untersuchungen des Bildungsministeriums würden durch den Wegfall von Religion als Pflichtfach ca. 13% weniger Malayen und 14% weniger Inder sich für die weiterführenden Schulen qualifizieren.

vgl. FEER 19.10.89 S.13; ST 7.10.89

Lees Abtritt 1990 ?

In verschiedenen Interviews in der ersten Hälfte Oktober teilte der seit 1959 amtierende 66jährige Premierminister Lee Kuan Yew Reportern mit, er würde Ende 1990 sein Amt an den 18 Jahre jüngeren, jetzigen ersten stellvertretenden Premierminister Goh Chok Tong übergeben. Völlig aus der Politik zurückziehen wollte er sich allerdings nicht, sondern weiterhin im Kabinet als Minister bleiben, um seine Erfahrungen der nachfolgenden Generation zur Verfügung zu stellen. Eigentlich hätte er bereits nach den Wahlen 1988 abtreten wollen, wurde aber von Goh überredet, 2 weitere Jahre im Amt zu bleiben.

Damals wurde über die Veränderung des Status des bisher praktisch machtlosen Staatspräsidenten diskutiert, der ein Vetorecht bei der Nutzung der nationalen Devisenreserven haben und die Ernennung von höheren Beamten vornehmen sollte. Beobachter vermuteten damals, daß Lee sich auf den Posten des Staatspräsidenten zurückziehen wollte (vgl. SOAL 3/88 S.36).

In den Interviews betonte er, daß in den letzten Jahren im Kabinet keine Entscheidung getroffen wurde, die nicht auch die der jungen Generation gewesen sei. Durch den allmählichen Übergang sollte eine plötzliche Änderung vermieden werden, wenn sie formal die Macht übernehmen. Praktisch hätten sie bereits die Arbeit übernommen.

Außer Lee ist inzwischen

keiner der alten Garde aus der Regierungspartei PAP mehr auf Regierungsposten. Mit einem seiner engsten Vertrauten und dem einstmaligen Staatspräsidenten Devan Nair hat Lee sich inzwischen völlig überworfen. Dafür ist seit einigen Jahren sein Sohn Lee Hsien Loong, vormals Brigadegeneral, Minister im Kabinet.

vgl. AW 3.11.89 S.36; FEER 19.10.89 S.14

Zur US-Militär Präsenz

Am 18.10.89 teilte die Regierung mit, daß sie mit einer verstärkten Nutzung von Hafenanlagen und Werftanlagen durch Schiffe der US-Marine sowie mehr Anflüge durch die US-Luftwaffe einverstanden sei. Die Anzahl des US-Unterstützungs-Personals wird auf etwa 170 ansteigen. Singapur dient schon seit längerem der US-Marine und Luftwaffe, insbesondere für Zwischenlandungen von Flügen aus Ostasien und dem Pazifik zum Stützpunkt nach Diego Garcia, im Indischen Ozean.

In vertraulichen Gesprächen hatte Lee zuvor die Art der militärischen Kooperation mit den USA dem indonesischen Präsidenten Suharto und dem malaysischen Premierminister Mahathir Mohamad erläutert. Im August hatten Ankündigungen Lees, US-Militär Einrichtungen auf Singapur zur Verfügung zu stellen, einige Beunruhigung in den Hauptstädten der anderen ASEAN-Länder verursacht (vgl. SOAL 3/89 S.3+35).

vgl. AW 3.11. S.36; ST 7.10.89

1200 in Haft ohne Gerichtsprozeß

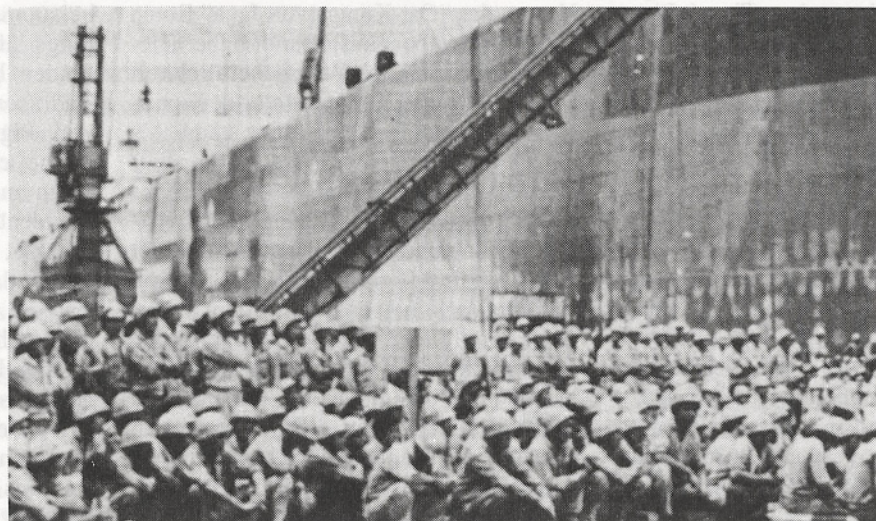
Am 2. September teilte der Innenminister S. Jayakumar mit, daß 1.200 Personen ohne Gerichtsprozeß in Haft sitzen. Nach zeitlich befristeten Bestimmungen des Strafgesetzes (Criminal Law Act) ist eine solche Inhaftierung bis zu einem Jahr möglich und kann jeweils um ein weiteres Jahr verlängert werden. 740 von ihnen werden wegen Drogenhandel, der Rest wegen krimineller Delikte bzw. Aktivitäten von Geheimgesellschaften festgehalten. Das Gesetz stammt noch aus der britischen Kolonialzeit, als die Geheimgesellschaften besonders aktiv waren. Im Oktober 1989 wurden diese vorübergehenden Bestimmung erneut um weitere 5 Jahre vom Parlament verlängert.

vgl. AFP 2.9.89

Singapurs Auslandsinvestitionen

Singapur gehört inzwischen nicht mehr zu den Ländern, in denen ausländisches Kapital gern investiert, sondern seit einigen Jahren investieren singapureanische Unternehmen selbst kräftig im Ausland. Das meiste Kapital fließt in die benachbarten ASEAN Länder. 1988 waren es S\$ 323 Mio. in Malaysia, S\$ 505,1 Mio in Indonesien, S\$ 530 in Thailand und S\$ 4 Mio. in den Philippinen.

vgl. FEER 16.11.89 S.71; SOAA Sept. 1989, S.403



Werftarbeiter Singapurs werden jetzt mehr US-Kriegsschiffe reparieren

(aus: Ong Wee Hock, The Economics of Growth and Survival, Singapur, 1978)